

# KURZPOSITION

---

## Sektion 232: US-Handelspolitik

Die USA empfehlen, Aluminiumimporte zukünftig mit Zöllen oder Quoten zu belegen, wobei drei unterschiedliche Vorgehensweisen zur Auswahl stehen. Präsident Trump muss bis zum 19. April 2018 darüber entscheiden, welche Maßnahmen implementiert werden. Ziel dieser Eingriffe ist, die amerikanische Aluminiumindustrie zu stärken und Kapazitäten in den USA aufzubauen. Die deutsche Nicht-eisen(NE-)Metallindustrie kritisiert die protektionistischen Maßnahmen ausdrücklich. Sollten Maßnahmen eingeleitet werden, von denen deutsche Aluminiumproduzenten und -verarbeiter direkt betroffen sind, begrüßt die WVMetalle wirkungsvolle Gegenmaßnahmen.

### 1. Hintergrund

Die amerikanische Aluminiumindustrie leidet seit Jahren unter einer rückläufigen Kapazitätsauslastung. Insbesondere die Primäraluminiumproduktion ist von dieser Entwicklung betroffen. Im Jahr 2013 produzierte die USA noch ca. 2 Mio. Tonnen Primäraluminium. Im Jahr 2017 lag dieser Wert bei ca. 785.000 Tonnen. Die USA diagnostizieren einen ähnlichen Trend auch bei den Halbzeugen. Die Einfuhren von Aluminium-Halbzeug haben sich seit 2013 um 34 Prozent erhöht. US-amerikanische Handelsexperten machen die Überkapazitäten und Marktverzerrungen, die vor allem von der chinesischen Aluminiumindustrie hervorgerufen werden, für diese Entwicklung verantwortlich und fordern einen Schutz für die US-amerikanische Aluminiumindustrie. In diesem Kontext verfolgen die USA das Ziel, ihre Kapazitätsauslastung von 48 auf durchschnittlich 80 Prozent zu steigern. Um dieses Ziel zu realisieren, greifen die USA auf den „Trade Expansion Act“ aus dem Jahr 1962 zurück. In diesem wird skizziert, dass die Regierung handelsbezogene Schutzmaßnahmen implementieren darf, wenn die nationale Sicherheit im Sinne der militärischen Verwendung, kritischen Infrastruktur und einer schlechten finanziellen Ausgestaltung gefährdet ist.

### 2. Vorschlag

Das Handelsministerium (DOC) hat am 17. Januar 2018 einen Bericht vorgelegt, der den Effekt von Aluminiumimporten auf die nationale Sicherheit untersucht. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die nationale Sicherheit durch die Abhängigkeit von Importen gefährdet ist und stellen drei Handlungsoptionen vor:

- 1) **Globale Quoten:** Die erste Alternative sieht vor, eine weltweite Quote von 86,7 Prozent zu implementieren. Diese Quote orientiert sich an den Daten aus dem Jahr 2017 und würde dazu führen, dass lediglich 86,7 Prozent der US-Importe im Jahr 2018 in die USA exportiert werden dürften. Die Differenz und die Nachfragezunahmen würden durch die inländische Produktion sichergestellt. Das DOC geht von einer Steigerung der Primärproduktion um 669.000 Tonnen aus.
- 2) **Globale Zölle:** Die zweite Handlungsoption sieht einen einheitlichen Zollsatz in Höhe von 7,7 Prozent auf alle Importe von Primäraluminium und den betroffenen Halbzeugen vor. Dieser Zollsatz hätte denselben Effekt wie die Quoten und würde zusätzlich zu Anti-Dumpingzöllen angewendet werden. Anpassungen für verzerrte Halbzeuge werden zudem erwähnt.

- 3) **Zölle für bestimmte Staaten:** Letztlich gibt das DOC an, dass ausgewählte Staaten mit einem Importzollsatz von (mindestens) 23,6 Prozent belegt werden. Aluminiumimporte aus China, Hong Kong, Russland, Venezuela und Vietnam wären von dieser Maßnahme betroffen. Die Märkte in diesen Staaten wurden als besonders verzerrt eingeschätzt. Die Zölle würden zusätzlich zu bestehenden und zukünftigen Anti-Dumpingzöllen erhoben. Alle anderen Länder würden auf 100 Prozent ihres Importniveaus aus dem Jahr 2017 gedeckelt.

Überdies hat Präsident Trump Anfang März angekündigt, einen 10-prozentigen Zoll auf Aluminiumimporte zu verhängen. Weitere Kombinationen erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt denkbar und können nicht ausgeschlossen werden.

### **3. Wirkung auf die deutsche NE-Metallindustrie**

Für die deutsche NE-Metallindustrie hätten die Maßnahmen unterschiedliche Effekte. Zunächst ist herauszuheben, dass die USA noch immer ein wichtiger Absatzmarkt für die deutsche NE-Metallindustrie sind. Der explizite Anteil der deutschen Aluminiumexporte (von der Maßnahme betroffene Zolltarifnummer: 7601, 7604, 7605, 7606, 7607, 7608; nicht berücksichtigt sind 7609, 7616.99.51.60 und 7616.99.51.70) in die USA lag im Jahr 2017 bei 80.505 Tonnen, was ca. 2 Prozent der Produktion entspricht.

Wir gehen davon aus, dass Aluminiumimporte aus den betroffenen Staaten wie Russland und China auf den europäischen Markt drängen. Primäraluminium aus Russland könnte den europäischen Markt innerhalb von 2 – 3 Wochen erreichen. Schon heute ist Russland der größte EU-Importeur von Primäraluminium. Halbzeug aus China könnte innerhalb von 2 Monaten nach Europa verbracht werden. Überdies gehen wir davon aus, dass es zu einem Rückgang der Aluminiumexporte von Deutschland in die USA kommt. Zusätzlich würden Absatzmärkte, die heute noch lukrativ sind, von den Umleitungseffekten erfasst.

Globale Quoten würden die deutsche Aluminiumindustrie wahrscheinlich härter treffen als Zölle, da die Quoten eine totale Abschottung zufolge hätten. Insgesamt sind Quoten oder Zölle nicht im Interesse der deutschen NE-Metallindustrie.

Letztlich führen die Maßnahmen dazu, dass es zu einer handelspolitischen Spirale der Abschottung kommt. Diese Entwicklung könnte fatale Folgen für die deutsche Industrie insgesamt haben und zu rückläufigen Wachstumsraten führen.

### **4. WTO-Konformität**

Noch ist unklar, ob die Entscheidung, Maßnahmen im Rahmen der nationalen Sicherheit zu implementieren, WTO-konform ist. Handelsexperten gehen davon aus, dass die Maßnahmen durchaus mit den Regeln der WTO korrespondieren und rekurrieren u.a. auf den Artikel 21 im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Im Rahmen der WTO muss geklärt werden, inwiefern die Maßnahmen WTO-konform sind.

### **5. Zeitplan**

Präsident Trump muss bis zum 19. April 2018 darüber entscheiden, welche Maßnahmen die USA implementieren.

## FORDERUNGEN ZUM THEMA SEKTION 232

---

- 1. Keine Restriktionen auf den Import von NE-Metallen aus Europa.** Deutschland sollte als einer der wichtigsten Handelspartner der USA auf der diplomatischen Ebene versuchen, ein Inkrafttreten der Importbeschränkungen zu verhindern. Alle drei Optionen hätten negative Effekte auf die deutsche NE-Metallindustrie.
  - 2. Handelsströme müssen sofort untersucht werden.** Die europäische Kommission sollte die Handelsströme bei Aluminium sofort messen, um die aktuelle Situation besser einschätzen zu können und in der Lage zu sein, schnellstmöglich zu reagieren. Sollten marktrelevante Mengen auf den europäischen Markt drängen, fordern wir die Einführung von Handelsschutzmaßnahmen für den EU-Binnenmarkt.
  - 3. EU muss sich für fairen Handel und gegen Marktverzerrungen einsetzen.** Die EU muss langfristig denken und sich für einen regelbasierten Freihandel einsetzen. Dazu gehört auch, dass Marktverzerrungen, die sich bspw. in staatlich geschaffenen Überkapazitäten widerspiegeln, langfristig abgebaut werden. Somit kann ein level playing field am internationalen Aluminiummarkt sichergestellt werden.
- 

**Berlin, den 07. März 2018**

**Kontakt:**

Sebastian Schiweck  
Handels- und Rohstoffpolitik  
Telefon: 030 / 72 62 07 – 107  
E-Mail: [schiweck@wvmetalle.de](mailto:schiweck@wvmetalle.de)

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin